

IKB Barometer

Konjunktur- und Zinsperspektiven

Februar 2024

Stimmung in Deutschland: Die Zukunft ist jetzt 2

ifo Geschäftsklima leicht verbessert, bleibt aber auf niedrigem Niveau • Deutliche Stimmungskorrektur ist nötig, damit investiert wird • Nur so gelingt die Transformation und Abwanderung wird verhindert • IKB erwartet für Deutschland BIP-Schrumpfung um 0,2 % im Jahr 2024

Finanzmärkte: Wird das Ausfallrisiko unterschätzt? 5

Finanzmärkte sehen beiderseits des Atlantiks geringe Risiken für Unternehmensausfälle • Obwohl Euro-Konjunktur schwächelt und für US-Wirtschaft mit Abschwung gerechnet wird • Optimismus birgt Gefahr einer deutlichen Korrektur aufgrund einer Neueinschätzung des Ausfallrisikos

IKB-Kundenumfrage: Gehobener Mittelstand weiterhin mit Perspektive – doch wie lange noch? 7

Umfrage bestätigt: Deutschland bleibt ein wichtiger Standort für den Mittelstand • Ob es zu einer De-Industrialisierung in Deutschland kommt, hängt vom Investitionsverhalten ab • Hier bestätigt die Umfrage zunehmende Abwanderungstendenzen • Es besteht also akuter Handlungsbedarf

Volkswirtschaft und Research, IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Klaus Bauknecht

Chefvolkswirt

+49 211 8221 4118

Klausdieter.Bauknecht@ikb.de

Marvin Kötting

+49 211 8221 3079

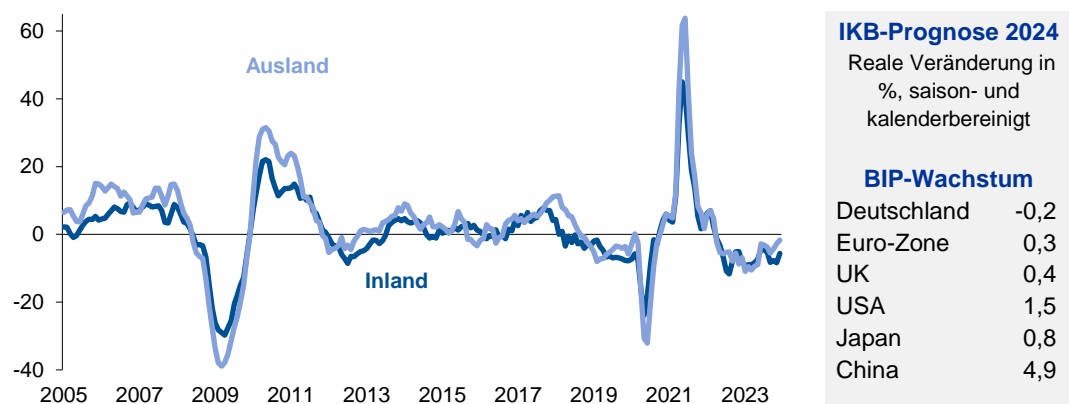
marvin.koetting@ikb.de

Dr. Carolin Vogt

+49 211 8221 4492

Carolin.Vogt@ikb.de

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes (in % zum Vorjahresmonat, saisonbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt (IKB-Berechnung: reale gleitende 3-Monats-Zuwachsraten in %)

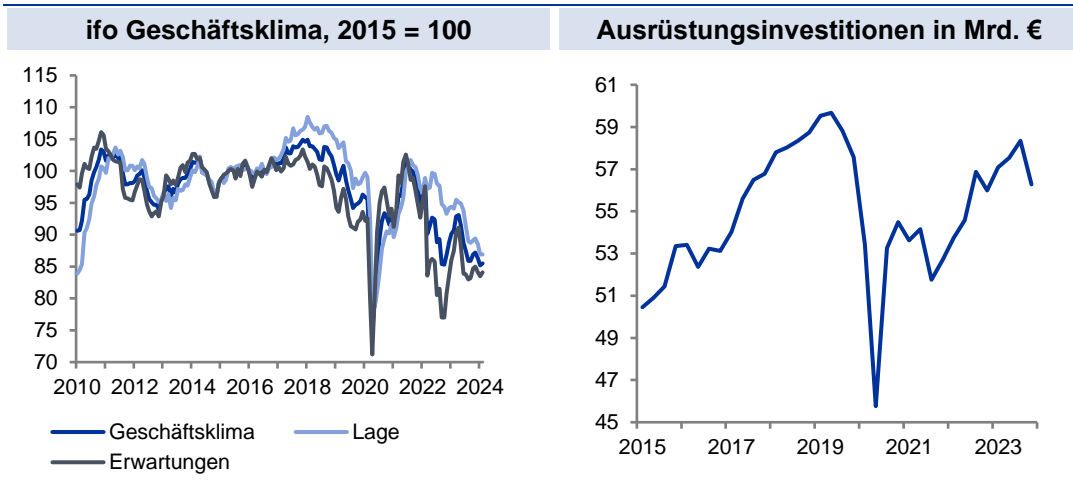
Stimmung in Deutschland: Die Zukunft ist jetzt

Volkswirte unterscheiden in ihren Analysen zwischen kurzfristigen und langfristigen Entwicklungen. So gehört der Konjunkturzyklus zu den kurzfristigen Entwicklungen, deren Auswirkungen keinen nennenswerten Einfluss auf das langfristige Wachstum haben sollten. Letzteres wird durch das Potenzialwachstum definiert und damit vor allem durch Technologie, Kapital und Arbeit. Folglich wird der Konjunkturzyklus als Fluktuation rund um den langfristigen Wachstumstrend definiert. Statistisch gesehen, kann für die Periode 1992 bis 2023 eine ausgeglichene Fluktuation rund um ein langfristiges Wachstum von 1,2 % bestätigt werden. Doch die Unterscheidung zwischen Fluktuation und einem stabilen langfristigen Trend oder Wachstum ist nicht so einfach. Zum einen ist das Potenzialwachstum keine Konstante. So deuten die Schätzungen vom Sachverständigenrat schon länger auf einen Rückgang hin – nicht zuletzt infolge der demografischen Entwicklung. Zum anderen führen Krisen oder Schocks zu Veränderungen in der Wachstumsdynamik. Jeglicher Investitionsboom oder Einbruch bzw. jegliche Zurückhaltung in den Investitionen verändert die mittelfristige Wachstumsdynamik der Wirtschaft.

Die Sorge, der aktuelle Konjunkturverlauf könnte einen erhöhten Einfluss auf das Potenzialwachstum haben, beruht vor allem auf der Tatsache, dass aktuell eine Kombination von Entwicklungen – konjunkturell, aber auch strukturell – die Wirtschaft beeinflusst bzw. belastet. So stagniert das deutsche Bruttoinlandsprodukt über die letzten 7 Quartale, während die Industrie seit 2018 einen negativen Produktionstrend aufweist. Aktuelle Entwicklungen sind zudem nicht nur zyklisch bzw. temporär. Anforderungen der Transformation bzw. Klimapolitik, die neben neuen Investitionen auch Standortverlagerungen mit sich bringen, belasten in hohem Maße Investitionen in Deutschland und verursachen einen überproportional negativen Einfluss auf die Konjunktur. Die Kombination dieser aktuellen Entwicklungen verursacht deshalb Schocks, die die Industriebranchen und Wirtschaft langfristig prägen werden.

In welchem Maße Disruptionen anhaltende Folgen haben werden, hängt maßgeblich vom Investitionsverhalten ab. Dieses bestimmt, wie schnell sich die Wirtschaft durch Transformation den neuen Umständen anpasst. Eine schwache Investitionsquote nicht zuletzt wegen einer anhaltend schlechten Stimmung wird zu Kapitalabbau bzw. Abwanderung führen. Auch bestimmt die Investitionsneigung, ob und wie schnell sich die Wirtschaft aus einer Rezession erholt und somit langfristige Schäden für Kapitalstock und Potenzialwachstum verhindert werden.

Deutschland: Wirtschaft ohne Schwung

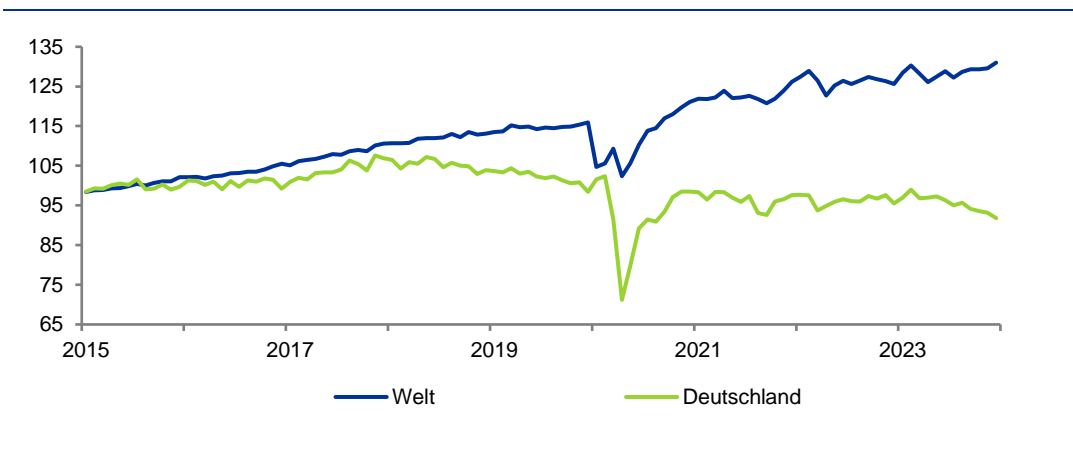


Quellen: Feri (Statistisches Bundesamt); Investitionen vierteljährlich

Die aktuelle Rezession bringt Unternehmen in eine Sandwich-Position. Auf der einen Seite benötigt eine schwache Nachfrage Flexibilität in der Kostenentwicklung. Sprich: Lohnforderungen sollten verhalten bleiben bzw. Kosten durch Stellenabbau reduziert werden. Doch auf der anderen Seite gibt der Fachkräftemangel wenig Raum für Entlassungen und Lohnflexibilität. Wie lange Unternehmen diesen Margendruck finanzieren bzw. ihm standhalten können, bleibt abzuwarten. Da keine schnelle Erholung erwartet wird, könnten Unternehmen zunehmend zu einem Abbau bzw. zur Verlagerung von Kapazitäten am Standort Deutschland gezwungen werden. So besteht auch die Gefahr sich selbst erfüllender negativer Prophezeiungen: durch fehlende Investitionsbereitschaft wird die De-Industrialisierung vorangetrieben, was die Stimmung am Standort weiter belastet.

Das Ausmaß des aktuellen Cocktails an Herausforderungen zeigt sich in der Stimmungslage deutscher Unternehmen, wie monatlich durch das Ifo Geschäftsklima angedeutet. Es zeigt nun schon seit mehreren Jahren einen negativen Trend. Auch liegt das aktuelle Ifo Geschäftsklima auf einem historisch außerordentlich niedrigen Niveau. Im Februar 2024 ist der Index leicht angestiegen, was angesichts jüngster PMI-Werte nicht überraschend ist. So hat sich das Ifo Geschäftsklima um 0,3 Punkte auf 85,5 etwas aufgehellt. Dabei haben sich vor allem die Erwartungen etwas verbessert. Grundsätzlich bleibt der Index jedoch auf einem historisch niedrigen Niveau. Bedeutender sind in diesem Zusammenhang die Zahlen zum Investitionsverhalten, so sind die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal 2023 kräftig um 3,5 % zum Vorquartal gesunken.

Welt und Deutschland: Industrieproduktion, Jan. 2015 = 100



Quelle: FERI (Statistisches Bundesamt)

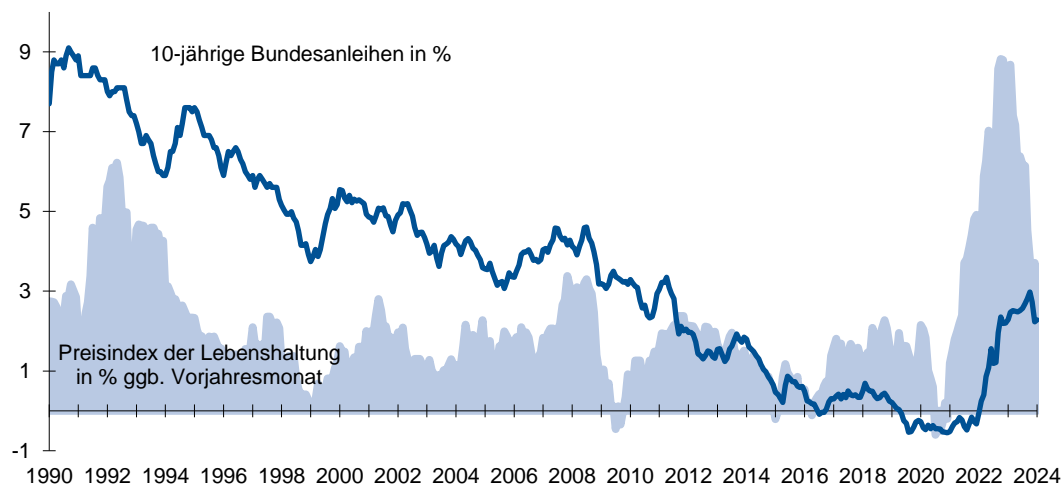
Da die Stimmung in Deutschland nicht nur von der Konjunkturlage bestimmt wird, ist davon auszugehen, dass auch das ifo Geschäftsklima von strukturellen Aspekten beeinflusst wird und deshalb die Stimmung um einiges schlechter sein mag, als die Konjunkturlage allein andeutet. Im Schatten struktureller Themen, deren Einfluss durch die Konjunktur aktuell vergrößert werden bzw. eine Abwanderung eher als Transformation forcieren, ist deshalb nicht ausreichend auf eine Konjunkturerholung zu warten. Sie wird die Stimmung nicht ausreichend anheben, um spürbare Investitionsimpulse zu setzen. Notwendig sind Akzente, die trotz eines herausfordernden kurzfristigen Konjunkturmilieus zu höheren Investitionen führen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass der politische Handlungsdruck nachlassen wird, wenn sich die Konjunktur aufhellt. Da Investitionsverhalten und Stimmung jedoch gerade in disruptiven Zeiten maßgeblich den langfristigen Entwicklungspfad prägen, ist akuter Handlungsbedarf angesagt: Die Zukunft bzw. das langfristige Wachstum wird jetzt maßgeblich beeinflusst und muss deshalb aktiv und vor allem durch eine ausreichend spürbare Wirtschaftspolitik vorangetrieben werden. Das Wachstumschancengesetz wird hierzu allerdings nur wenig beitragen. Ohne spürbare Impulse, den Standort attraktiver zu gestalten und so die Investitionsgeneignetheit deutlich anzuheben, wird vor allem die Industrie ein Spielball der globalen Konjunktur bleiben, allerdings zunehmend begleitet von einem negativen Wachstumstrend.

Einschätzung

Das ifo Geschäftsklima wird jeden Monat mit Spannung erwartet, weil sich daraus Anhaltspunkte für den kurzfristigen Konjunkturverlauf ergeben. Doch der Stimmungsindikator bietet einiges mehr. Eine anhaltend trübe Stimmung belastet das Investitionsverhalten und verhindert nicht nur eine schnelle konjunkturelle Erholung, sondern vor allem eine erfolgreiche Transformation der Industrie.

Aktuell braucht es deshalb eine deutliche Korrektur des ifo Geschäftsklimas, damit die Transformation gelingt und es nicht zu einer verstärkten Abwanderung der Industrie kommt. Der aktuelle leichte Anstieg mag deshalb ein erstes Anzeichen einer konjunkturellen Stabilisierung sein. Der Handlungsdruck für die Politik wird dadurch jedoch in keiner Weise reduziert. Die IKB erwartet ein BIP-Wachstum von -0,2 % im Jahr 2024. Das Risiko einer mittelfristigen De-Industrialisierung bleibt.

Rendite 10-jähriger Bundesanleihen und Inflationsrate in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesbank

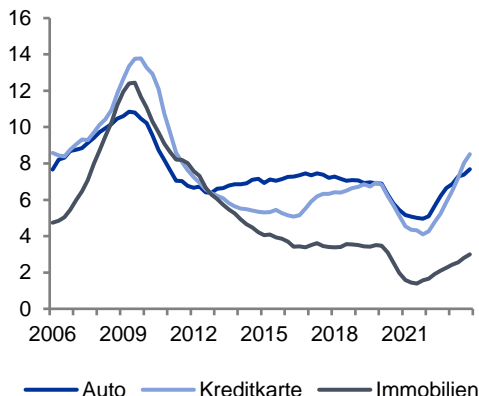
Finanzmärkte: Wird das Ausfallrisiko unterschätzt?

Risikoprämien von Unternehmensanleihen handeln auf einem niedrigen Niveau. Die Finanzmärkte sehen also ein geringes Ausfallrisiko bei Unternehmen. Dies steht im Widerspruch zu eigentlichen Insolvenzraten, die tendenziell steigen – auch in Deutschland. Und das systematische Risiko für die inländische sowie wie globale Konjunktur ist alles andere als gebannt. Die US-Wirtschaft steht vor einer Abkühlung. Auch wenn der US-Arbeitsmarkt sich immer noch robust zeigt, deutet eine Vielzahl von Indikatoren auf eine spürbare konjunkturelle Verlangsamung hin. So ist zum Beispiel der Zahlungsverzug von US-Haushalten deutlich angestiegen. Im vierten Quartal 2023 waren 8,5 % der Kreditkartenzahlungen im Verzug, der höchste Wert seit 2011. In den kommenden Monaten sollte eine zunehmende Anzahl von US-Konjunkturdaten eine spürbare Konjunkturverlangsamung bestätigen. Dies ist zumindest auch die Erwartung der Zinsmärkte. Denn schon länger bestehen deutliche Zinssenkungsfantasien für das laufende Jahr. Vor diesem Hintergrund haben sich 10-jährige US-Renditen von ihrem Hoch von fast 5 % im Oktober 2023 deutlich verabschiedet. Allerdings sind sie seit Anfang 2024 wieder angestiegen, weil die Fed die Erwartung an zügige und deutliche Zinssenkungen zunehmend gedämpft hat. So betonte sie mehrmals, dass letztlich die Inflationsrate bzw. der Ausblick entscheidend sind und nicht allein die Konjunkturentwicklung. Damit haben sich die Erwartungen erneut angepasst, und die erste Zinssenkung der Fed wird nun für Mitte 2024 erwartet.

Kühlt sich die US-Wirtschaft hingegen überraschend schnell und deutlich ab, würden Zins- wie Kreditmärkte korrigieren. Renditen würden erneut spürbar sinken, und die Fed würde zügig die Zinsen senken. Dann wäre auch mit einer Ausweitung der Risikoprämien zu rechnen. Jüngste Kommentare der Fed signalisieren aber ein zögerliches Verhalten, wenn es um Zinssenkungen geht. Die Fed ist nach wie vor der Überzeugung, die US-Wirtschaft wird sich weiterhin robust gegenüber den hohen US-Zinsen erweisen, was den Inflationsdruck hochhalten sollte und für verzögerte Zinssenkungen sorgt. Auch wenn die Konjunkturdaten bis dato der US-Notenbank eher recht geben, ist diese Einschätzung mit Risiko behaftet. Schließlich ist der Transmissionsmechanismus der Geldpolitik lang und ein Niveau der Fed-Funds-Rate von über 5 % ein klares Zeichen einer restriktiven Geldpolitik. Grundsätzlich hat die optimistische Haltung der Kreditmärkte das Risiko einer Korrektur erhöht. Denn das Überraschungspotenzial durch die US-Konjunktur ist hoch, was eine Neueinschätzung des systematischen Ausfallrisikos bedeuten könnte.

USA: Zahlungsverzug und langfristige US-Zinsen

Zahlungsverzug (30 oder mehr Tage) in % des Kreditbestands



Renditen 10-Jahres-Treasuries, in %



Quellen: [Household Debt and Credit - FEDERAL RESERVE BANK of NEW YORK \(newyorkfed.org\)](#); Bloomberg

Dies gilt auch für Europa, wo sich eine deutliche Korrektur auf den Immobilienmärkten, insbesondere bei Gewerbeimmobilien bereits seit Längerem vollzieht. Doch auch in der Euro-Zone sind die Finanzmärkte gegenüber Unternehmensausfällen eher entspannt – und dies, obwohl die Wirtschaft schon mehrere Quartale stagniert. Angesichts der schwachen Euro-Konjunktur stehen die Chancen gut, dass die EZB Mitte 2024 erste Zinssenkungen vornehmen wird. Diese Einschätzung ist unabhängig von der Fed zu sehen. Denn das Inflationbild in der Euro-Zone ist sehr überzeugend. Schließlich schrumpft die Geldmenge und die Wirtschaft stagniert. Die EZB muss deshalb nicht auf die Fed warten, auch wenn der Euro gegenüber dem US-Dollar etwas unter Druck kommen könnte. Grundsätzlich ist angesichts der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklungen und des Inflationsausblicks wahrscheinlicher, dass die EZB die Zinsen 2024 und 2025 deutlicher senkt als die Fed. Diese Einschätzung wird durch die Gefahr anhaltender fiskalischer Ausgaben in den USA vor dem Hintergrund der US-Wahl Ende 2024 unterstützt.

Risikoprämien von Unternehmensanleihen, in bp



Quelle: Bloomberg

IKB-Kundenumfrage: Gehobener Mittelstand weiterhin mit Perspektive – doch wie lange noch?

Fazit: Erfolgreiche mittelständische Industrieunternehmen konnten infolge globaler Diversifizierung und Nutzung weltweiter Produktionsfaktoren ihr Wachstum deutlich anheben und wurden zu Weltmarktführer in ihren Branchen.

Aktuelle Stimmungsindikatoren und Rahmenbedingungen deuten auf eine weitere Welle der Spezialisierung hin, was durchaus eine Abwanderung vom Standort Deutschland beinhalten könnte. Deutschland wird allerdings weiterhin ein wichtiger Bestandteil in den globalen Wertschöpfungsketten deutscher Geschäftsmodelle bleiben. Dies zumindest ist die Aussage einer IKB-Umfrage bei ihren Firmenkunden des gehobenen deutschen Mittelstands.

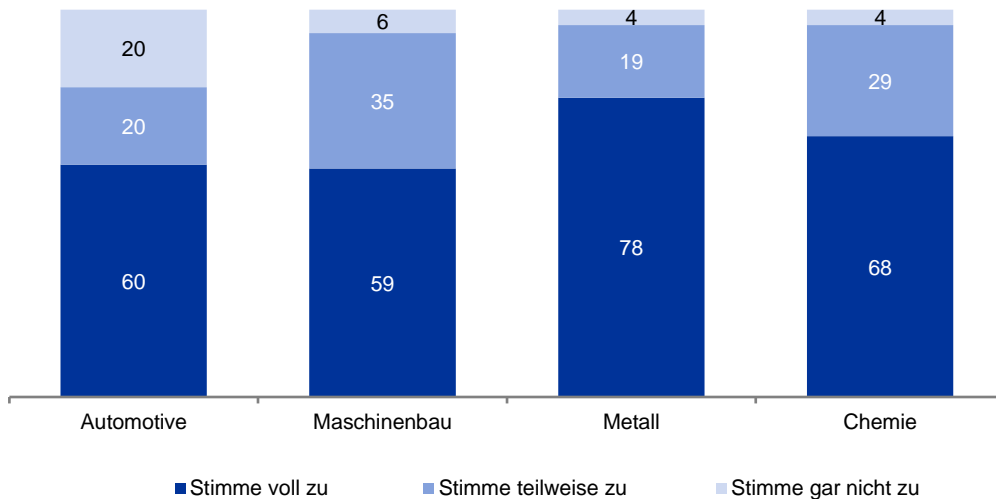
Ob die Spezialisierung auf höheren Wertschöpfungsstufen hierzulande zu einer De-Industrialisierung führt, wird maßgeblich von der Investitionsbereitschaft am Standort Deutschland abhängig sein. Hier bestätigt die IKB-Umfrage zunehmend Abwanderungstendenzen. Also besteht akuter politischer Handlungsbedarf.

Der Standort Deutschland steht bereits länger in der Kritik. Hohe Energiekosten, unklare politische Weichenstellungen und ein hoher Transformationsdruck belasten die Stimmung. Verschiedene Umfragen von u. a. Wirtschaftsverbänden und -prüfern zeigen zudem eine abnehmende Bereitschaft, am Standort Deutschland zu investieren. Gleichzeitig steigt die Zahl von Investitionsvorhaben im Ausland deutlich. Doch diese Tendenz ist grundsätzlich nicht neu. Schon viele Jahre ist ein Kapitalabfluss aus Deutschland zu erkennen; eine aus Unternehmenssicht notwendige Entwicklung, um globale Wachstumsmärkte zu erschließen. Problematisch ist daher nicht der Kapitalabfluss per se, sondern es sind die schwachen Direktinvestitionen in Deutschland und vor allem die grundsätzlich geringe inländische Investitionsquote. Gerade vor dem Hintergrund ambitionierter Klimaziele für die deutsche Industrie besteht die Gefahr, dass die Bedeutung der Industrie sinkt und damit eine De-Industrialisierung stattfindet.

Angesichts dieser Entwicklungen hat die IKB Ende 2023 eine Umfrage bei ihren Firmenkunden gestartet. Diese unterscheidet sich von vergleichbaren Befragungen vor allem dadurch, dass der gehobene Mittelstand mit guten Bonitäten im Fokus stand und damit größere und vor allem global agierende deutsche Unternehmen. Branchenübergreifend gab es über 350 Rückmeldungen. Im Fokus stand, wie erfolgreiche mittelständische Industrieunternehmen die aktuellen Entwicklungen einschätzen und wie diese ihre Investitionsbereitschaft am Standort Deutschland beeinflussen.

Bei all der allgemeinen Kritik am Standort Deutschland zeigt die Umfrage, dass der Standort dennoch weiterhin wichtiger Bestandteil der Wertschöpfungsketten der Unternehmen bleibt. Nur im Automobilsektor scheint ein kleiner Teil (20 %) der Zulieferer überzeugt zu sein, dass der Standort austauschbar ist. Insgesamt ist das Bild eindeutig: Kaum ein erfolgreiches mittelständisches Unternehmen hat die Absicht, Deutschland vollständig den Rücken zu kehren. Da die Umfrage vor allem global agierende Mittelständler angesprochen hat, ist dieses Ergebnis nicht überraschend. Diese Unternehmen haben bereits vor Jahren eine globale Spezialisierung ihrer Wertschöpfungskette vorgenommen und so ihre Abhängigkeit reduziert. In Folge hat eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen eines einzelnen Standorts nicht die gravierenden Folgen, wie es bei kleineren, hauptsächlich im Inland produzierenden Unternehmen der Fall sein mag.

**Abb. 1: Deutschland bleibt ein wichtiger Standort für die Wertschöpfungskette;
Angaben in % der befragten Unternehmen**



Quelle: IKB-Umfrage 2023

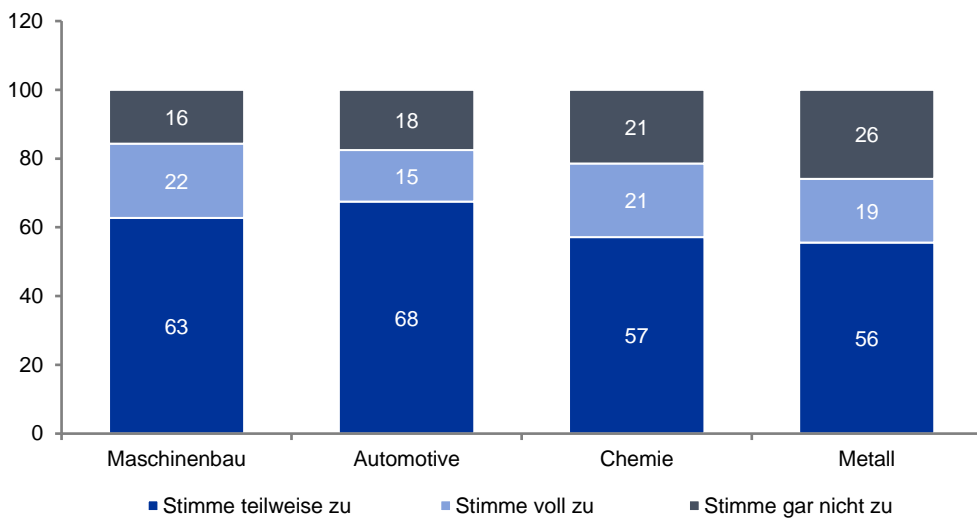
Ohne Zweifel werden Entwicklungen wie die steigenden Produktionskosten am Standort Deutschland eine weitere Welle der Spezialisierung hin zu einer höheren Wertschöpfung mit sich bringen. Damit verbunden ist die Verlagerung geringerer Wertschöpfung ins Ausland. Umfrageergebnisse der energieintensiven Branchen wie Chemie und Metall sind hierfür Beispiele. Trotz der hohen Energiepreise ist nur ein marginaler Anteil der Befragten in diesen beiden Branchen der Einschätzung, dass der Standort keine Rolle in ihrer Wertschöpfung spielen wird. Chemie- und Metallindustrie werden deshalb weiter am Standort Deutschland produzieren, doch dies können sie nur, wenn sie ihre Wertschöpfung durch Globalisierung weiter diversifizieren. Denn angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen – Beispiele sind die hohen Energiekosten und der Fachkräftemangel – rentiert sich eine Investition am Standort Deutschland nur für sehr hohe Wertschöpfungsstufen in der Produktionskette.

Die Reduktion des CO₂-Ausstoßes wird deshalb vor allem durch Abwanderung und nicht durch Transformation des Produktionsprozesses hin zur Klimaneutralität bestimmt (siehe [IKB-Kapitalmarkt-News 14. Januar 2024](#)). Auch dies bestätigt die IKB-Umfrage. Die Mehrheit der Unternehmen in allen vier bedeutenden Branchen streben Investitionen vor allem im Ausland an. Ob die Wertschöpfung in Deutschland sinkt oder steigt, wird deshalb maßgeblich von der lokalen Implementierung neuer Technologien und damit von mehr Forschung und Entwicklung abhängig sein. Weitere Spezialisierung bei einer gleichzeitig niedrigen inländischen Investitionsquote lässt allerdings befürchten, dass die industrielle Wertschöpfung am Standort Deutschland weiter zurückgehen wird, was einer De-Industrialisierung gleichkommen würde.

Die Bereitschaft, vor allem im Ausland zu investieren, sollte nicht allein als Folge der aktuellen Entwicklungen am Standort Deutschland gesehen werden. So liegt das Potenzialwachstum der Weltwirtschaft deutlich über dem deutschen. Unternehmen können deshalb die Weltmärkte aus Deutschland heraus nicht ausreichend bedienen, sondern müssen globale Produktionsfaktoren nutzen. So haben alle wachstumsstarken mittelständische Unternehmen ihre Angebotsseite über die letzten Jahre internationalisiert. Auslandsinvestitionen sind wichtig und nicht das Problem. Vielmehr ist es die niedrige Investitionsbereitschaft vor Ort bzw. grundsätzlich der Trend im Ausland, zu Lasten des deutschen Standortes zu investieren. Wenn diese Entwicklung anhält, wird sie die Transformation verhindern. Hier

geben die Umfragewerte eine klare Warnung: 80 % der Industrieunternehmen stimmen voll oder teilweise der Aussage zu, dass geplante Investition vor allem im Ausland stattfinden – und dies bei einer bereits niedrigen inländischen Investitionsquote. Noch stimmt ein Großteil der Unternehmen nur teilweise zu. Doch die schlechte Unternehmensstimmung, die aktuell zusätzlich durch die konjunkturelle Lage belastet wird, lässt vermuten, dass dieser Anteil zu Gunsten derer, die voll zustimmen, nachlassen wird. Bestenfalls führt diese Entwicklung lediglich zu einer fehlenden Wachstumsdynamik, im schlimmsten Fall zu absoluten Rückgängen der Wertschöpfung durch Abwanderung. Beides würde die De-Industrialisierung fördern.

**Abb. 2: Geplante Investitionen finden vor allem im Ausland statt;
Angaben in % der befragten Unternehmen**



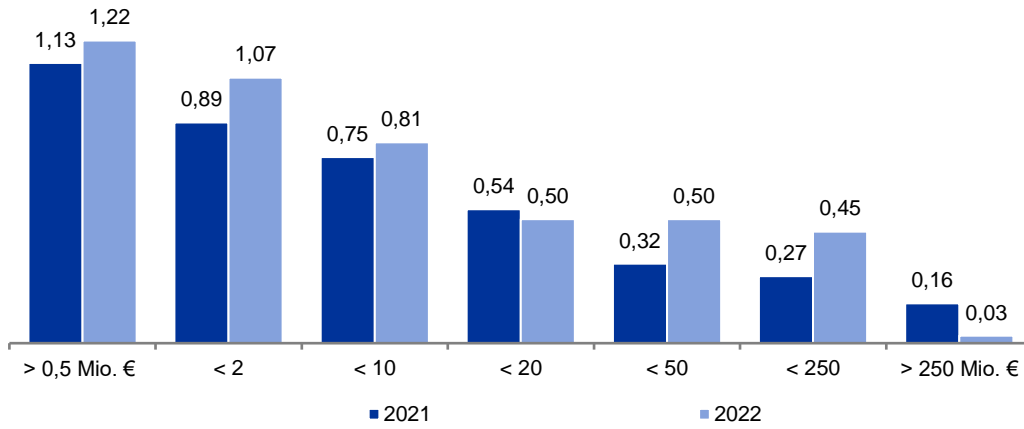
Quelle: IKB-Umfrage

Während der Corona-Pandemie wurden global aufgestellte Wertschöpfungsketten aufgrund der Lieferprobleme oftmals kritisiert. Doch jüngste Entwicklungen in Deutschland zeigen sehr deutlich, wie wichtig nicht nur globale Absatzmärkte für das Wachstum deutscher Unternehmen sind, auch die Globalisierung der Angebotsseite und damit der Wertschöpfungsketten ist essenziell. Das Beispiel Deutschland zeigt deutlich: auf einen Standort konzentrierte Wertschöpfungsketten sind eben nicht robuster als globale diversifizierte – zumindest nicht aus Sicht eines profit-orientierten Unternehmens. Deshalb ist trotz der schwachen Konjunkturlage und struktureller Herausforderungen am Standort Deutschland der gehobene Mittelstand gut aufgestellt. Dies zeigt sich auch bei der Insolvenzquote. Zudem haben sich die Bilanzen global agierender Unternehmen in den letzten Jahren stabiler als der Durchschnitt erwiesen.

Im Jahr 2023 war Deutschland hinsichtlich des Wirtschaftswachstums im internationalen Vergleich weit abgeschlagen. Auch in den nächsten Jahren wird hohes Gewinnwachstum aufgrund des niedrigen Potenzialwachstum hierzulande sicherlich vor allem im Ausland zu erwirtschaften sein. Die Anzahl der Investitionsgelegenheiten ist demnach in Deutschland ebenfalls geringer. Hier mag die Größe des EU-Binnenmarkts etwas gegensteuern, doch auch die EU zeigt in den letzten Jahren ein eher enttäuschendes Wachstum. Auch sind es nicht Kapitalbewegungen, sondern physische Investitionen am Standort Deutschland, die entscheidend sind und ausgeweitet werden müssen. Schließlich findet die Transformation nicht durch Übernahmen und damit finanzielle Transaktionen statt, sondern durch den physischen Ersatz des alten Kapitalstocks. Auch deshalb ist die Abbildung 2 mit Sorge zu

betrachten. Unternehmen präferieren zunehmend physische oder finanzielle Investitionen im Ausland zu Lasten von Ausrüstungsinvestitionen im Inland.

Abb. 3: Insolvenzquoten nach Umsatzgrößenklassen, in %



Quelle: Creditreform Rating AG

Auf einen Blick: IKB-Ausblick für Konjunktur und Finanzmärkte

Tabelle 1: Reales BIP, Veränderung in % zum Vorjahr¹⁾

	2021	2022	2023	2024P
Deutschland	3,1%	1,9%	-0,1%	-0,2%
Euro-Zone	6,1%	3,4%	0,5%	0,3%
UK	9,6%	4,5%	0,3%	0,4%
USA	5,9%	2,0%	2,5%	1,5%
Japan	1,9%	0,9%	1,9%	0,8%
China	8,1%	3,0%	5,2%	4,9%

Tabelle 2: Inflation, Veränderung in % zum Vorjahr²⁾

	2021	2022	2023	2024P
Deutschland	3,1%	6,9%	6,0%	2,3%
Euro-Zone	2,6%	8,4%	5,5%	2,3%
UK	2,6%	9,0%	7,4%	2,8%
USA	4,7%	8,0%	4,1%	2,8%
Japan	-0,3%	2,5%	3,2%	2,2%
China	0,9%	2,2%	0,4%	1,2%

Tabelle 3: Geld- und Kapitalmarktzinsen in %³⁾

	29. Feb	Ende Q2 2024	Ende 2024
3M-Euribor	3,9	3,4	2,8
3M-USD-Libor	5,6	5,0	4,4
10-Jahre Bund	2,5	2,5	2,1
10-Jahre U.S. Treasury	4,3	4,2	3,5

Tabelle 4: Währungen, 1 Euro = ...⁴⁾

	29. Feb	Ende Q2 2024	Ende 2024
EUR/USD	1,09	1,10	1,06
EUR/GBP	0,86	0,85	0,88
EUR/JPY	163	160	159
EUR/CHF	0,95	0,95	0,98
EUR/HUF	394	385	395
EUR/CZK	25,3	24,7	24,5
EUR/TRY	34,0	34,0	35,0
EUR/PLN	4,32	4,40	4,45
EUR/RUB	98,8	102,0	105,0
EUR/MXN	18,5	19,0	21,0
EUR/ZAR	20,8	21,0	21,5
EUR/CNY	7,81	7,90	7,80
EUR/CAD	1,47	1,46	1,51
EUR/AUD	1,67	1,65	1,58

Quellen: 1), 2) Statistische Ämter, Zentralbanken und IKB-Prognosen; 3), 4) Bloomberg; EZB; FRED und IKB-Prognosen

Disclaimer

Diese Unterlage und die darin enthaltenen Informationen begründen weder einen Vertrag noch irgendeine Verpflichtung und sind von der IKB Deutsche Industriebank AG ausschließlich für (potenzielle) Kunden mit Sitz und Aufenthaltsort in Deutschland bestimmt, die auf Grund ihres Berufes/Aufgabenstellung mit Finanzinstrumenten vertraut sind und über gewisse Erfahrungen, Kenntnisse und Sachverstand verfügen, um unter Berücksichtigung der Informationen der IKB Deutsche Industriebank AG Entscheidungen über ihre Geldanlage und die Inanspruchnahme von Wertpapier(neben)dienstleistungen zu treffen und die damit verbundenen Risiken unter Berücksichtigung der Hinweise der IKB Deutsche Industriebank AG angemessen beurteilen zu können. Außerhalb Deutschlands ist eine Verbreitung untersagt und kann gesetzlich eingeschränkt oder verboten sein.

Die Inhalte dieser Unterlage stellen weder eine (i) Anlageberatung (ii) noch eine individuelle Anlageempfehlung oder (iii) eine Einladung zur Zeichnung oder (iv) ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Die Unterlage wurde nicht mit der Absicht erarbeitet, einen rechtlichen, steuerlichen oder bilanziellen Rat zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass die steuerliche Behandlung einer Transaktion von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängt und künftigen Änderungen unterworfen sein kann. Stellungnahmen und Prognosen stellen unverbindliche Werturteile zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage. Eine Änderung der Meinung des Verfassers ist daher jederzeit möglich, ohne dass dies notwendigerweise publiziert wird. Die in der Unterlage zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der IKB wider. Prognosen zur zukünftigen Entwicklung geben Annahmen wieder, die sich in Zukunft als nicht richtig erweisen können; für Schäden, die durch die Verwendung der Unterlage oder von Teilen davon entstehen, wird nicht gehaftet.

Frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Wertentwicklung.

Bei der Unterlage handelt es sich nicht um eine Finanzanalyse i.S.d. Art. 36 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 oder Empfehlung i.S.d. Art. 3 Abs. 1 Nr. 35 Verordnung (EU) 596/2014.

Die vorliegende Unterlage ist urheberrechtlich geschützt. Das Bearbeiten oder Umarbeiten der Werbemitteilung ist untersagt. Die Verwendung oder Weitergabe der Unterlage in jeglicher Art und Weise an Dritte (z.B. Geschäftspartner oder Kunden) für gewerbliche Zwecke, auch auszugsweise, ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der IKB Deutsche Industriebank AG zulässig.

Ansprechpartner in der IKB Deutsche Industriebank AG

40474 Düsseldorf
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1
Telefon +49 211 8221-0

Dr. Klaus Bauknecht
Volkswirtschaft
Telefon +49 211 8221-4118

Februar 2024	
Herausgeber:	IKB Deutsche Industriebank AG
Rechtsform:	Aktiengesellschaft
Sitz:	Düsseldorf
Handelsregister:	Amtsgericht Düsseldorf, HR B 1130
Vorsitzender des Aufsichtsrats:	Dr. Karl-Gerhard Eick
Vorsitzender des Vorstands:	Dr. Michael H. Wiedmann
Vorstand:	Dr. Patrick Trutwein, Steffen Zeise